

# Niedrigsteuern aus unserer Tasche?

Von

Heiner Flassbeck

WuM, Juli 2004

Eine heftige Diskussion ist in Deutschland entbrannt um die Unternehmens-Steuern unserer osteuropäischen Nachbarn, die nach und nach vollwertige Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden. Quer durch die Parteien geht die Klage, dass sich diese Länder einen Vorteil dadurch verschaffen, dass sie ansiedlungswillige Unternehmen mit Steuersätzen locken, die zum großen Teil deutlich unter denen liegen, die in der EU bei den alten und begüterten Mitgliedern gezahlt werden müssen.

Weil die meisten dieser Niedrigsteueroasen gleichzeitig Nettoempfänger aus den EU-Schatullen sein werden, ist der „skandalöse“ Zusammenhang schnell hergestellt: Mit unseren eigenen Steuergeldern sorgen wir dafür, dass unsere Unternehmen in den Osten abwandern und die Arbeitsplätze hier verschwinden. Neben niedrigen Löhnen bieten die Transformationsländer Osteuropas jetzt auch noch günstige steuerliche Rahmenbedingungen, was sie unschlagbar macht und dem deutschen Standort endgültig den Todesstoß versetzt.

Bei dieser – von großen Emotionen und geringem Sachverstand getragenen - Debatte wird gleich einiges durcheinander geworfen und übersehen. Es wird z. B. schlicht vergessen, dass es im „alten“ Europa weit eklatantere Fälle von beggar-thy- neighbour gab, wie das St. Florians Prinzip im englischen Sprachgebrauch heißt, über die sich niemand aufgeregt hat. Irland war und ist der größte „Skandal“ in dieser Hinsicht. Das Land hat über Jahrzehnte hohe Summen, ja, bis zu 5 % seines Sozialprodukts von der EU als direkte Transfers bekommen und dennoch eine extreme Niedrigsteuerpolitik betrieben. In Irland wurden sogar über viele Jahre ausländische Investoren massiv privilegiert – mit Nullsteuersätzen z. B. – bevor die Kommission dieser Praxis beendete und Irland seine Steuern für Unternehmen allgemein auf nur noch 12 % festsetzte.

Auch andere kleine Länder haben die Vorteile der Einbindung in die Europäische Gemeinschaft genutzt, um den Großen ein Stück des Kuchens, der ihnen eigentlich zugestanden hätte, wegzunehmen. Das reicht von einer massiven Abwertungspolitik Schwedens und Finnlands (letzteres vor dem Eintritt in die Euro-Gruppe) über die seit Langem ungerechtfertigten Subventionen für die spanische Infrastruktur bis hin zu den „besonderen“ Steuerregeln für Kapitalbesitzer in Luxemburg oder Österreich, die jahrzehntelang stillschweigend hingenommen wurden.

Doch selbst ein großes Land mit niedrigen Steuersätzen wie Großbritannien weigert sich beharrlich, der EU irgendein Mitspracherecht in Sachen Steuern einzuräumen und drohte sogar, die europäische Verfassung an dieser Frage scheitern zu lassen. Die anderen großen Partner hüten sich, die Frage, ob Europa nicht auch eine Steuerharmonisierung braucht, gegenüber dem englischen Finanzminister auch nur in den Mund zu nehmen, weil sie wissen, wie sensibel das ist. Oskar Lafontaine, dem man nachsagt, auch in dieser Sache konsequent gewesen zu sein, wurde von den englischen Massenblättern ruck zuck zum „gefährlichsten Mann“ Europas ernannt.

Wer also den Osteuropäern vorschreiben will, wie hoch ihre Steuersätze zu sein haben, sollte sich doch einfach mal an einige Privilegien der reicheren Altmitglieder herantrauen. Ist das bereinigt, sollte man in der Tat eine europäische Steuerharmonisierung auf die Agenda setzen. Es ist durch nichts gerechtfertigt, jede staatliche Subvention zu verteufeln, Steuerprivilegien oder auch nur eine allgemein extrem niedrige Unternehmensbesteuerung zu ignorieren.

Man fragt sich allerdings, wer da von den Altmitgliedern voran gehen sollte. Ist es nicht die absolut vorherrschende Meinung aller Wirtschaftsexperten in Deutschland und Europa, dass die Unternehmenssteuern gar nicht niedrig genug sein können? Versucht selbst die Bundesregierung nicht alles, um Deutschland zur Niedrigsteuerregion und zur Niedrigabgabennation zu machen? Wo ist die Grenze? Welches Niveau ist gerechtfertigt, welches nicht mehr? Sind 25 % in den Ländern Osteuropas zu wenig, 12 % in Irland aber in Ordnung? Werden nicht auch in Deutschland 25 % ernsthaft diskutiert? Wie kann man überhaupt einfach Steuersätze vergleichen, wo es doch immer auf die Bemessungsgrundlage, also die Berechnung des zu versteuernden Einkommens ankommt und jeder weiß, das hier vor allem der Hund begraben ist. War z. B. die Tatsache, dass die deutschen Unternehmen zwei Jahre lang fast kein Steuern zahlen mussten, keine massive staatliche Subvention?

Wieder einmal fehlt es an einer Gesamtschau der Dinge. Der Erste macht den St. Florian mit dem dauernden Druck auf die Löhne, der Zweite nutzt den Wechselkurs, der Dritte versteckt staatliche Subventionen, der Vierte senkt offen oder heimlich die Steuern. Die Kommission ist hoffnungslos überfordert in dem Versuch, allen Sündern auf die Spur zu kommen, weil fast alle Regierungen im Grunde darin übereinstimmen, dass ein gewisser „Wettbewerb“ der Staaten schon gerechtfertigt ist. Wie viel es derzeit ist und wie viel es sein sollte, das aber weiß keiner und traut sich auch keiner offen zu fragen.

So bleiben die osteuropäischen Staaten, die noch nicht viel von den wundersamen Wegen und Schleichwegen in Brüssel wissen, zunächst die Opfer eine Kampagne, die beim Volk gut ankommt, weil sie scheinbar doch zeigt, wie sorgsam unsere Politiker mit den Steuergeldern umgehen. Dass die gleichen Politiker schon hundert Mal beim gleichen Vergehen die Augen ganz fest geschlossen oder gar klammheimlich ähnliche Aktionen veranstaltet haben, dazu schweigt des Sängers Höflichkeit.

Diese Diskussion ist jedoch nur die jüngste Variante einer allgemeinen Krankheit. Dieses Europa neigt dazu, nur solche Probleme zu behandeln, die irgendjemand nach Gusto auf die Tagesordnung setzt. Ob es die vollkommen einseitige Verteufelung von Staatsdefiziten ist oder die Vergötterung des Prinzips des neutralen Staates, ob es um die Finanzierung der EU geht oder um die Abschaffung ungerechtfertigter Vorteile eines Landes: Nichts wird systematisch diskutiert oder vorbereitet, alles folgt dem Zufallsprinzip, keiner im politischen Bereich fragt nach der Logik oder der Gleichbehandlung. Weil jedes Land Europa immer nur dann wahrnimmt, wenn es um seine ureigensten Interessen geht, fehlt jeder Anreiz, an einem zukunftsfähigen Gebilde gemeinsam und ernsthaft zu bauen.